

rundbrief



Schwerpunkt
Raumplanung

Abstimmungen
6./7. März 2010

Editorial

Qualitatives statt quantitatives Wachstum

In der Märzsession des Kantonsrates wird der neue Richtplan beraten. Das wichtigste Geschäft rund um die Entwicklung unserer Landschaft.

Am 10. Juli 2007 ist die Landschaftsinitiative lanciert und im August 2008 eingereicht worden. Seit der Lancierung der Landschaftsinitiative hat sich die Siedlungsfläche in der Schweiz um über 65 km² vergrössert. Das ist zirka der Siedlungsraum der Stadt Zürich! Es muss etwas passieren, aber in Bern und auch Luzern wird nur laviert. Man macht sich zwar Sorgen über die Zersiedlung, ist aber nicht bereit, griffige Massnahmen zu ergreifen wie: klare Regeln des Bundes für die ganze Schweiz, wie Bauzonen ausgedehnt werden, die Pflicht der Kantone, überdimensionierte Bauzonen zu verkleinern, Klagerechte für die öffentlichen Interessen in der Raumplanung, um die Vorschriften auch tatsächlich durchzusetzen (analog zum Verbandsbeschwerderecht im Umwelt- sowie im Natur- und Heimatschutzgesetz), Mehrwertabgleich bei Einzonungen, damit in Fällen von Rückzonungen finanzielle Ausfälle kompensiert werden können. Es wird in Zukunft noch wichtiger sein, in diesem Bereich fortschrittliche Modelle zu analysieren und

zu prüfen.

Fakt ist aber leider, dass noch immer jede Gemeinde wachsen will, mit der Ausscheidung von Villenzonen wollen sie gute SteuerzahlerInnen in die Gemeinde holen. Jede Gemeinde erhofft sich zusätzlichen Steuerertrag bei fast gleichbleibenden Ausgaben. Das bewahrheitet sich leider kaum. Wenn Gemeinden solche Zonen ausscheiden, werden grossmehrheitlich Personen kommen, die grad knapp ihr neues Einfamilienhaus finanzieren können, also kaum grosse Steuererträge garantieren, aber eine Nachfrage nach Gemeindeinfrastruktur wie Wasser/Abwasser, Schulen und ÖV-Anbindung haben, bzw. dem Dorf Mehrverkehr bringen. Die Gemeinden müssen vermehrt auf qualitatives und nicht quantitatives Wachstum setzen. Statt Neuan siedlungen den Dorfkern attraktivieren und Erleichterungen schaffen, um die alten Häuser zu renovieren.



*Monique Frey
Co-Präsidentin und Kantonsrätin
Emmen*



Exklusives Wohnen im Richtplan

Sonderliche Zonen

Die Zeitschrift «Karton. Architektur im Alltag der Zentralschweiz» hat sich im Herbst (Nr. 16, September 09) den Villenzonen angenommen. Der Architekturdozent Dieter Geissbühler zeigte auf, welche Folgen solche Zonen auf die Landschaft haben. Die Rundbrief-Redaktion dankt dem Autor für die freundliche Abdruckgenehmigung.

Das Dilemma der Streusiedlungen, wie sie weite Teile unserer Region prägen, liegt im fehlenden Innen und Aussen. Eine Verdichtung nach Innen ist paradox. In diesem Sinne sind gegebenerweise Antworten auf die Frage nach einem zeitgemässen Umgang mit Weilern und kleineren Hofgruppen gesucht, die nicht unbedingt dem Verdichtungsanspruch genügen können. Die heutigen Forderungen nach Weiler- oder Sonderbauzonen – andere Namen werden sicher noch dazu kommen – basieren aber nicht auf dieser Ausgangslage, sondern sind Instrumente im Steuerwettbewerb der Kantone, in bester neoliberalistischer Weise, um gutsituierte Zuzüger gewinnen zu können. Die Folgen werden allerdings fatal sein. Waren die bäuerlichen Siedlungen noch Bestandteil einer offenen Landschaft auf einer «natürlich» gewachsenen Topo-

grafie, bei der die Privatsphäre mit der Wand des Bauernhauses definiert wurde und wo einem höchstens der Umstand des Unwissens darüber, ob der Hund des Bauern an der Kette war oder nicht, davon abhielt durch den Hof zu wandern, so wird bei den angestrebten neuen Bebauungen der Privatisierung des gesamten eigenen Grundstückes grosses Gewicht zukommen. Dieses Ausgrenzen wird schwerwiegende Veränderungen in der Wahrnehmung der Landschaft mit sich bringen. Dabei wird es nicht einmal so zentral sein, ob diese «sonderlichen» Zonen direkt am Siedlungsgebiet andocken, oder ob sie als Enklaven in die freie Landschaft gesetzt sein werden. Ebenso wird der Wunsch nach Horizontalität der privaten Umgebung dazu führen, dass die gewachsene Topografie umgepflügt und neu geformt werden wird, denn zu einem repräsentativen Anwesen wird wohl mindestens ein Swimmingpool evt. sogar ein Tennisplatz gehören müssen. Die heute bestehenden Einfamilienhauszonen liefern dazu im Kleinformat schon ein markantes Abbild. Dies könnte nur mit drastischen planerischen Festlegungen kontrolliert werden, die insbesondere den Umgang mit der Topografie und der Freiraumgestaltung restriktiv regeln müssten. Die Hoffnung darauf, dass sich dies politisch effektiv umsetzen liesse, bleibt gering, geht es doch schlicht um Gefälligkeiten. Gefälligkeiten, die nötig werden, weil eine gesamtschweizerische Solidarität in Bezug auf eine effektive Landesplanung, wie sie Armin Meili einst zu hoffen wagte, weiter entfernt scheint als in den Jahren, wo das erste Raumplanungsgesetz vom Schweizer Volk bachab geschickt wurde. Darum müssen wir uns wohl auf eine drastische Veränderung unserer Landschaftsräume gefasst machen, und die soziale Segregation wird davon ein markantes Abbild werden.

Alternativen zu den Sonderbauzonen und damit zum Ausgrenzen der Landschaft müssen darauf ausgerichtet sein, die Identität der jeweiligen Kulturlandschaft mit ihren Siedlungsformen zu erhalten. Dazu gehören der Ausbau bestehender Bauten, z. B. durch Attikaergänzungen, der am Erhalt orientierte Umbau historisch bedeutungsvoller Gebäude für entsprechend interessierte Eigentümer und Ersatz-Neubauten oder bauliche Verdichtungen von Weilern, die deren Struktureigenschaften folgen.



*Dieter Geissbühler
Dozent, Hochschule Luzern
Technik und Architektur
Luzern*



Kantonaler Richtplan 2009

Kanton nimmt seine Aufgabe nicht wahr

Während der öffentlichen Auflage von Anfang Juni bis Ende Juli 2009 konnten sich alle Interessierten zum Richtplanentwurf äussern. Die wesentlichen Kritikpunkte der Grünen blieben bei den nachträglichen Anpassungen unbeachtet.

So wird beispielsweise der in den übergeordneten Zielsetzungen festgelegte Grundsatz der haushälterischen Bodennutzung weiterhin nicht erfüllt. Obwohl die vorhandenen Bauzonenreserven zu gross sind, fehlen wirkungsvolle Massnahmen, um das Wachstum der Siedlungsfläche zu stoppen. Neueinzonungen müssen nicht zwingend mit flächengleichen Auszonungen kompensiert werden, und die umstrittenen Villenzonen wurden im Richtplan belassen. Auch bei der Einzonung von Gewerbeland bleibt der Kanton allzu grosszügig.

Regionale Entwicklungsträger

Problematisch sind im Weiteren die vier regionalen Entwicklungsträger. Neben den bereits bestehenden Organisationen Idee Seetal und der Luzern West (ehemals RegioHER) befindet sich LuzernPlus in der Agglomeration Luzern und Luzern Mittelland rund um Sursee im Aufbau. Der Kanton will damit die Aufgaben zur räumlichen Entwicklung effizienter abwickeln und die notwendige gemeindeübergreifende Abstimmung und Koordination verbessern. Dank den Entwicklungsträgern sollen die Regionen flexibler und effizienter auf neue Herausforderungen reagieren können. Letztlich geht es um eine erfolgreiche Positionierung im Standortwettbewerb der Regionen. Mit anderen Worten wird weiterhin auf quantitatives Wachstum statt auf nachhaltige Entwicklung gesetzt.

Die im Richtplan aufgeführten Aufgaben der regionalen Entwicklungsträger sind sehr vielfältig und anspruchsvoll. Dazu gehören die Abstimmung der regionalen Siedlungs-, Verkehrs- und Landschaftsplanung, die Umsetzung der neuen Regionalpolitik des Bundes oder die Koordination von ökologischen Aufwertungen. All diese Aufgaben sind kaum miteinander kompatibel. Die ökologischen Aufwertungen zum Beispiel werden neben dem Regionalmarketing zu kurz kommen. Zudem sind hoheitliche Aufgaben wie Natur- und Umweltschutz aus Sicht der Grünen durch den Kanton zu erfüllen und nicht an die Entwicklungsträger zu delegieren. Der Kanton nimmt hier seine Aufgabe nicht wahr und zieht sich aus der Verantwortung.

Auch weitere, nicht unwichtige Fragen zu den Entwicklungsträgern blieben bisher unbeantwortet. Wie finanzieren sich die Entwicklungsträger? Sind es ausschliesslich Gemeindebeiträge oder beteiligt sich auch der Kanton finanziell? Gibt es Vorgaben

zur juristischen Organisationsform? Soll sogar eine Aktiengesellschaft für das Gemeinwohl zuständig sein können? Wie wird sichergestellt, dass mit den regionalen Entwicklungsträgern keine vierte Staatsebene geschaffen wird? Wie wird deren demokratische Legitimation gewährleistet? Diese Fragen sind durchaus berechtigt: So wurde Anfang Januar im Zusammenhang mit der Standortsuche für das Besucherzentrum der Biosphäre im Entlebuch der Vorwurf laut, es gebe ein Demokratie-Defizit.

Beratung im März

Für die Beratung im Kantonsrat gibt es also noch viel Gesprächsstoff. Alle Parteien sind sich darin einig, dass sie den Kanton Luzern vorwärts bringen wollen. Bloss ist mit dieser leeren Formel nichts gesagt. Sobald sie mit Inhalt gefüllt wird, gehen die Meinungen auseinander. Auf die Ratsdebatte, vermutlich in der Märzsession, darf man gespannt sein.



Alain Greter
Kantonsrat
Luzern



Raumplanung im Entlebuch

Die UNESCO Biosphäre

Das Entlebuch macht, wenn es um Raumplanung geht, seit Jahren von sich reden.

Die Frage, wie es mit dem Entlebuch weitergehen soll, stellt sich schon lange und gibt gerade wegen der Komplexität Anlass zu diskutieren und zu forschen. Als sich 2007 die «Vogelschau» mit den Möglichkeiten einer Fusion der Gemeinden auseinandersetzte, wurden Projektgruppen mit Mitgliedern aus der Bevölkerung gebildet, welche die Belange der Talschaft und eine mögliche Fusion oder Teilfusion diskutierten und Vorschläge erarbeiteten.

Dabei hatte ich das Vergnügen, im Teilprojekt 8 «Zukunft Entlebuch» mitarbeiten zu können. Wie schwierig es ist, im Entlebuch Visionen zu realisieren, zeigt ein Ausschnitt aus der Liste der erarbeiteten «Visionen» der Teilprojektgruppe «Zukunft»:

- Das Entlebuch ist eine Gemeinde mit 25'000 Einwohnern.
- Ein Gemeindeparlament und eine neunköpfige Exekutive bilden die politische Führung.
- Die UBE (UNESCO Biosphäre Entlebuch) ist eingebettet in den Landschaftspark rund um den Napf, ist für den Tourismus einzigartig in der Schweiz und hat internationale Ausstrahlung.
- Das UBE-Besucher- und Erlebniszentrum wird jährlich von 50'000 Gästen besucht, die mehrheitlich mit Bahn und Bus anreisen.

- Die Waldwirtschaft funktioniert.
- Eine Biosphäre-Brauerei deckt 5 % des schweizerischen Bierbedarfs ab.
- Der Wald hat sich erholt.
- Die musikalischen Top-Qualitäten sind zu Spitzenformationen der Schweiz gebündelt.
- Jährlich wird ein Grossanlass in der Region organisiert (schweizweit bekannt).
- Flühli/Sörenberg und Marbach sind keine typischen Wintersport-Destinationen mehr (Klimawärmung); sie haben sich zu führenden Tourismus- und Naturpark-Destinationen entwickelt.
- UBE = eine vom Kanton anerkannte Tourismusregion.
- Das Entlebuch heizt CO₂-neutral und gilt schweizweit als Vorbild.
- In allen Dörfern und Weilern sind Heizverbunde in Betrieb.

Dazu die verkürzte Stellungnahme der Grüne(s) Entlebuch.

Vision Entlebuch 2030 Grüne(s) Entlebuch:

- Fusion aller Gemeinden zu einer Talgemeinde mit einem Gemeindeparlament.
- Ein einheitliches Raumplanungs- und Bauordnungsgesetz ordnet die chaotische Bautätigkeit, schreibt die Sorge für das Dorfbild vor, gibt dem Landschaftsschutz mehr Einfluss und sorgt insgesamt für eine nachhaltige Bautätigkeit.
- Die Montage von Photovoltaik- und Solaranlagen sowie Kleinwindrädern wird stärker unterstützt und gefördert.
- Die Siedlungsfläche der Dörfer darf sich in den nächsten 15 Jahren nicht vergrössern. So wird eine weitere «Vereinfamilienhäuslisierung» gestoppt.
- Neubauten müssen, wenn vorhanden, an das Fernwärmenetz angeschlossen werden oder den Energiestandard MINERGIE-P einhalten.
- Der Tourismus wird auf den ÖV verlagert (Lamm-schlucht nur für Zubringer). So werden die regelmässigen Staus nach Sörenberg verhindert.
- Ziel 2020: Das Entlebuch ist unabhängig vom Import von Atomstrom und Heizöl.
- Die Benutzung von Benzingebläsen beim Heuen ist verboten.

Selbst diese Visionen gehen nicht sehr weit und wären leicht umzusetzen. Leider kommen die Grünen im Entlebuch nur in homöopathischer Dosis vor. Wer weiss, vielleicht wird das im Jahr 2015 der erste grüne Präsident der Talgemeinde Entlebuch ändern können?!



Simon Meyer
Mitglied Grüne Kanton Luzern
Escholzmatt



Gedanken zur Luzerner Stadtentwicklung

Durch Gestaltung Zeichen setzen

Der Raumplaner Markus Burkhalter gibt einen Einblick in die Geschichte der Luzerner Stadtentwicklung und zeigt auf, wo die Öffentlichkeit überhaupt Einfluss auf die Stadtentwicklung nehmen kann.

Die Entwicklung von Luzern erfolgte im Wesentlichen in drei Phasen, welche sich an der gebauten Stadt leicht ablesen lassen:

- Die Altstadt aus dem Spätmittelalter entlang der Reuss
- Die anschliessenden Quartiere der Neustadt, realisiert zwischen 1860 und 1910
- Die weitläufigen Aussenquartiere aus der Zeit nach 1945
- Diese drei Entwicklungsphasen sind auch in vielen anderen Städten ablesbar und typisch für die Stadtentwicklung in Europa.

Eigenheiten und Qualitäten der Stadttypen

Spannend ist die Frage nach den Eigenheiten und Qualitäten dieser Stadttypen:

- Die Altstadt steht für das Unverwechselbare, das Vielfältige, das Gewachsene, sie ist aber auch eng, dunkel und zuweilen laut. Die heutige Nutzung ist alles andere als vielfältig: Kleider- und Schuhgeschäfte dominieren, nach Feierabend wirkt die Altstadt oft wie ausgestorben. Trotzdem bleibt sie in unsern Köpfen die Mitte der Stadt und ist das touristische Markenzeichen.
- Anschliessend die Quartiere der Neustadt: Einheitlich, dicht und «städtisch» im besten Sinn des Wortes. Jedoch auch verkehrsreich und teilweise wenig begrünt. Oft vielfältig genutzt, mit Wohnen, Läden, kulturellen Einrichtungen, Restaurants und Bars. Dies wiederum mit den entsprechenden Begleiterscheinungen für die BewohnerInnen.
- Die grösste Fläche der Stadt beanspruchen die Aussenquartiere: Gut durchgrünt, meist ruhig, oft aber austauschbar. Hier wurden nicht Stadtteile, sondern «Wohneinheiten» realisiert, in investorengerecht portionierten Paketen.

Möglichkeiten für die Öffentlichkeit

Welche Schlüsse und Forderungen lassen sich aus heutiger Sicht für die künftige Stadtentwicklung und insbesondere für die laufende Revision der Bau- und Zonenordnung ziehen? Kann die Stadtverwaltung überhaupt Einfluss auf ihre Entwicklung nehmen, vor dem Hintergrund, dass der Boden weitgehend im Eigentum und im Einflussbereich von Privaten steht? So kann die Stadt auf den Branchenmix, beispielsweise in der Altstadt, kaum Einfluss ausüben. Die gut gemeinte und aus Überlegungen der nachhaltigen Entwicklung oft sinnvolle «innere Verdichtung» scheitert häufig an nachbarrechtlichen Problemen. Und unser



ausgeprägter Föderalismus verhindert oft eine wirkungsvolle Raumplanung in geografisch sinnvollen Einheiten.

Mit einem ausgeklügelten System an Planungs- und Bauvorschriften kann die Entwicklung einer Stadtregion zwar etwas gelenkt werden. Nutzungen am falschen Ort werden im besten Fall verhindert.

Wirklichen Einfluss nehmen kann die Öffentlichkeit aber primär auf ihrem eigenen Grund und Boden. Mit der Nutzung der eigenen Liegenschaften und deren baulicher Gestaltung kann die Öffentlichkeit Zeichen setzen. Durch die Gestaltung von Strassen, Plätzen und Parks kann sie den Charakter von Quartieren mitbestimmen. Hierzu gibt es in Luzern ein paar gute Beispiele und eine Menge an Handlungsbedarf.



Markus Burkhalter
dipl. Ing. Raumplaner FH
Luzern

Buchtipps

Über die Geschichte und Entwicklung der Schweizer Raumplanung

Gilgen, Kurt: Raum hat keine Lobby. Anekdoten und 99 Thesen zur Raumplanung Schweiz. Orell Füssli Verlag, Zürich 2009. Fr. 39.90.

Kurt Gilgen war mehr als 20 Jahre Mitinhaber eines Raumplanungsbüros, bevor er als Professor für raumplanerische Fächer an die Hochschule für Technik Rapperswil berufen wurde. Er beleuchtet Fragen zur räumlichen Entwicklung von drei unterschiedlichen Standpunkten aus: als Praktiker, als Theoretiker und als politisch Engagierter. Kurzgeschichten aus dem Alltag eines Raumplaners spiegeln die langjährige Praxiserfahrung des Autors wider und veranschaulichen zudem die Hintergründe seiner Haltung, die zu den 99 Thesen geführt haben.



Die Autorin, Leiterin des ETH-Forschungsprojekts «Geschichte der Raumplanung Schweiz», interpretiert die Aussagen der Interviews und Hearings unter Beizug weiterer Quellen und bettet die Planungsgeschichte in die Zeitgeschichte ein. Lässt sich aus der Geschichte lernen? Die Antwort ist weder positiv noch negativ. Aus den Materialien können jedoch für die Zukunft der Raumplanung Lehren gezogen werden.

Ewald, Klaus C. / Klaus, Gregor: Die ausgewechselte Landschaft. Vom Umgang der Schweiz mit ihrer wichtigsten Ressource. Haupt Verlag, Bern 2009. Fr. 78.00.

«Die ausgewechselte Landschaft» dokumentiert auf einmalige und eindrückliche Weise die Entwicklung der Schweizer Landschaft während der letzten zwei Jahrhunderte. Die beiden Autoren haben eine Fülle von Fakten, Fotos und Karten zusammengetragen und stellen die komplexen Zusammenhänge strukturiert und verständlich dar.

Die Bilanz ist bedenklich: Der Mensch schafft Landschaften ohne Identität, Leben und Geschichte. Das Buch zeigt aber auch Wege auf, die zu einem nachhaltigen Umgang mit Landschaft führen könnten und ist überdies Nachschlagewerk, Bildband und Lesebuch in einem.

Kroll-Schretzenmayr, Martina: Gelungen? Misslungen? Die Geschichte der Raumplanung Schweiz. Verlag Neue Zürcher Zeitung, Zürich 2008. Fr. 38.00.

34 Pioniere und Zeitzeugen, unter anderem alt Regierungsrat Anton Muheim (SP Luzern), berichten aus der Anfangszeit der Raumplanung Schweiz.



Die Idee
von Ihnen

Das Holz
aus der Region

Die Qualität
vom Schreiner

Stefan Suhner
Möbelschreinerei
Rösslimattweg 8
6005 Luzern
Telefon 041 360 82 83
www.holzding.ch





PARKETTARBEITEN
MALERARBEITEN
NATURFARBEN

LUZERNERSTRASSE 33C
6010 KRIENS
TELEFON 079 650 79 42
WWW.PATRICKSTEINER.CH

Abstimmung zur Tierschutzanwalt-Initiative

Schützt die Würde der Tiere

Die Grünen empfehlen, die Tierschutzanwalt-Initiative anzunehmen, weil damit die Würde der Tiere besser geschützt werden kann. Die Initiative vervollständigt das Tierschutzgesetz und stellt den Vollzug des Rechtsschutzes der Tiere in allen Kantonen sicher.

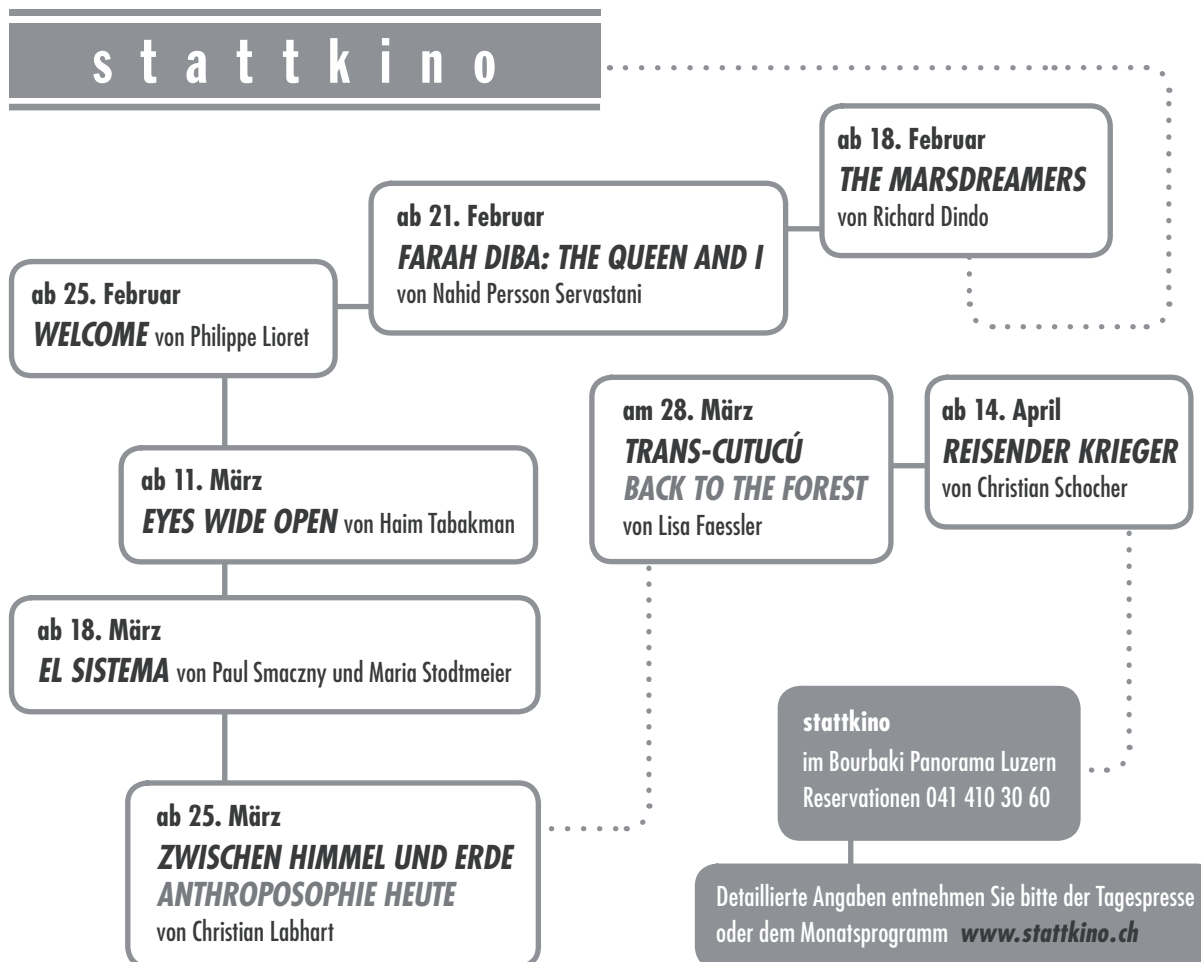
Es ist ein altes Anliegen der Tierschutzorganisationen, die Interessen der geschädigten Tiere in Strafverfahren besser zu schützen. Dieses Anliegen wurde schon anlässlich der Revision des Tierschutzgesetzes und der Revision der Strafprozessordnung diskutiert und jeweils mit knappen Resultaten im Parlament abgelehnt. Die Vollzugsprobleme bei Strafverfahren sind offenkundig und konnten mit dem Tierschutzgesetz nicht behoben werden. Den geschädigten selbst, nämlich den Tieren und den Tierschutzorganisationen, die Anzeige erstatten, wird weiterhin das Recht auf Akteneinsicht und auf Vertretung durch einen Anwalt oder eine Anwältin verwehrt, und sie haben keine Möglichkeit das Urteil anzufechten.

Die Tierschutzanwalt-Initiative ist zurzeit der einzige Weg, beim strafrechtlichen Vollzug des Tierschutzes politische Sorgfalt walten zu lassen. Es ist der einzige Weg, weil eine Mehrheit des Parlaments einen indirekten Gegenvorschlag, zu dem auch die Tierschutzorganisationen Hand geboten haben, abgelehnt hat. Die Erfahrung im Kanton Zürich, der seit 1992 einen Tierschutzanwalt hat, zeigt deutlich, dass dieser von den Behörden und der Bevölkerung getragen wird.



Initiative für einen Tierschutzanwalt

Parole: JA



Abstimmung zum Verfassungsartikel «Forschung am Menschen»

Erst beim Gesetz geht es definitiv zur Sache!

In Art. 118 b der Bundesverfassung sollen einheitliche Rahmenbedingungen für die Forschung am Menschen geschaffen werden. Nach Lesart des Bundesrates erhalte die Würde des Menschen Vorrang vor der Forschungsfreiheit. Der Lackmustest kommt aber mit dem Gesetz, wenn die «fremdnützige Forschung» detailliert geregelt wird.

Am 7. März kommt der Verfassungsartikel «Forschung am Menschen» zur Abstimmung, welcher grundsätzliche ethische Fragen aufwirft. Seiner Beratung voraus ging die Ratifikation der Biomedizin-Konvention des Europarates durch die Schweiz. Diese Konvention enthält Grundsätze zur Anwendung der Medizin und der biomedizinischen Forschung sowie Regelungen für Forschungsvorhaben mit Personen. Diese Bestimmungen prägen auch den neuen Verfassungsartikel.

Die Fraktion der Grünen lehnte die Ratifikation insbesondere deshalb ab, weil diese Konvention der «fremdnützigen Forschung» Türen öffnet. Darunter werden Forschungen an nicht urteilsfähigen Personen verstanden, welche nicht selbst eine Einwilligung zur Teilnahme in Forschungsprojekte geben können und trotzdem miteinbezogen werden.

Forschungsfreiheit garantiert

Es ist zu erwarten, dass in der Debatte um Art. 118 b die Forschungsfreiheit einen grossen Platz einnimmt. Allerdings zu unrecht; denn in Art. 20 BV ist die Forschungsfreiheit bereits gewährleistet. Der dort enthaltene allgemeine Grundsatz gilt auch für biomedizinische Forschungen. Um die Forschungsfreiheit zu sichern, braucht es keinen Verfassungsartikel über die «Forschung am Menschen». Der Bedeutung von der Forschung für Gesundheit und Gesellschaft kann und muss auch so Rechnung getragen werden.

Die Knacknuss für die Fraktion der Grünen bildete und bildet auch bei der Beurteilung des Verfassungsartikels die «fremdnützige Forschung». Diese ist auf Grundlage der Konvention möglich, wenn die betroffenen Personen sie nicht ablehnen,

wenn die erwarteten Forschungsergebnisse für die Gesundheit der betroffenen Person von tatsächlichem und unmittelbarem Nutzen sind und wenn Forschung von vergleichbarer Wirksamkeit an einwilligungsfähigen Personen nicht möglich ist. Die Grünen verlangten deren Verbot, wenn für die Betroffenen kein direkter Nutzen resultiere, konnten sich aber nicht durchsetzen. Das bewog viele Fraktionsmitglieder zur Ablehnung der Vorlage.

Ausnahmen verunsichern

Statt des Verbots gilt deshalb auch hier: keine Regel ohne Ausnahmen. Unter bestimmten Voraussetzungen darf nämlich auch dann geforscht werden, wenn «gleichwertige Erkenntnisse nicht mit urteilsfähigen Personen gewonnen werden» können. Zudem darf die Forschung «nur ein minimales Risiko und eine minimale Belastung» für die betroffenen Personen mit sich bringen.

Bereits hat der Bundesrat das Ausführungsgesetz zur neuen Verfassungsbestimmung vorgelegt. Analoge Ausnahmeregelungen finden sich in Art. 23 des Gesetzesentwurfs wieder. Es ist zwar noch nichts beschlossen, doch es spricht viel dafür, dass die Ausnahmen so darin stehen bleiben.

Nein aus Vorsicht?

Nicht urteilsfähige Menschen können damit zu «ihrem Glück» gezwungen werden. Das kann keine Begeisterung auslösen. Wer dies nicht mit dem eigenen Gewissen vereinbaren kann und will, kann schon bei der Abstimmung über den Verfassungsartikel ein Nein in die Urne legen.



Louis Schelbert
Nationalrat
Grüne Luzern

Verfassungsartikel «Forschung am Menschen»

Parole: Stimmfreigabe

R E S T A U R A N T B A R
N E U S T A D T

Ess- & Weinkultur • Neustadtstr. 21 • Tel. 041 210 2371 • Sonntag geschlossen

Abstimmung zur Senkung des BVG-Mindestumwandlungssatzes

Nein zum Rentenklau in der Pensionskasse

Wer in den nächsten Jahren in Pension geht, bekäme aus der zweiten Säule weniger Rente, profitieren würden private Lebensversicherer. Deshalb haben Konsumentenschützer, Gewerkschaften, die Grünen, SP und linke Parteien gegen die Änderung das Referendum ergriffen.

Die Senkung der künftigen Renten ist auf Druck der Versicherungsbranche erfolgt, sie verspricht sich davon mehr Gewinn im Geschäft mit der zweiten Säule. Wir (und unser Arbeitgeber) zahlen jeden Monat eine bestimmte Summe in die Pensionskasse (2. Säule) ein. Dieses Sparkapital muss die Pensionskasse dauernd verzinsen (Mindestzinssatz).

Was ist der Umwandlungssatz?

Am Ende unserer Erwerbstätigkeit wird das angesparte und verzinst Sparkapital von der Pensionskasse in eine Rente umgewandelt. Heute entsprechen 7 % (Männer) respektive 6.95 % (Frauen) des angesparten Kapitals einer Jahresrente. Wer 100'000 Franken in der Pensionskasse hat, bekommt also lebenslang eine Jahresrente von 7000 respektive 6950 Franken. Dieser Prozentsatz, genannt Umwandlungssatz, lag lange bei 7.2 % und wird gegenwärtig schrittweise auf 6.8 % abgesenkt, begründet durch die höhere Lebenserwartung der RentnerInnen.

Jetzt will man diesen Umwandlungssatz auf 6.4 % senken. Die gleichen 100'000 Franken Kapital ergeben so nur noch eine Rente von 6400 Franken. Offiziell können die Pensionskassen das Geld nicht mehr gewinnbringend genug anlegen (weltweit tiefere Zinsen, sinkende Börsen). Die Eigenkapitalrenditen der Finanzinstitute werden aber wieder bei 15 bis 25 % angesiedelt! Zudem heisst es, würden die RentenbezügerInnen immer älter (Pensionskassenkapital muss länger reichen). Doch diese Tatsache wurde bereits bei der laufenden Senkung des Umwandlungssatzes auf 6.8 % berücksichtigt.

Privatversicherer sahen ab

Inoffiziell sind die Ansprüche der Lebensversicherer massgebend. Ihr Geschäft mit der Altersvorsorge ist ein riesiger Wachstumsmarkt, dazu gehört auch die obligatorische 2. Säule. Über «Sammelstiftungen» bieten sie kleinen und mittleren Unternehmen Pensionskassen-Lösungen an. Bei einem tiefen Satz, mit dem sie die einbezahlten Beiträge obligatorisch verzinsen müssen (Mindestzinssatz), wächst ihr Gewinn. Sinkt auch der Satz, mit dem sie das angesparte Kapital in eine Rente umwandeln (Umwandlungssatz) müssen, steigt der Gewinn nochmals. Auch kreative Verwaltungskosten heben den Profit.



Abstimmung vom 7. März 2010

Eine Senkung um 0.4 % auf 6.4 % ergibt eine um 5.8 % tiefere Rente. Die Vorsorgeeinkommen von jährlich bis 82'080 Franken müssen mit massiven Kürzungen rechnen, weshalb es keine Umwandlungssatzreduktion auf Vorrat geben darf.

Und die Finanzkrise?

Nicht die Krise, sondern die Bundesverfassung bestimmt, wie hoch die Renten mindestens sein müssen. Die Renten der AHV und der Pensionskasse müssen zusammen «die gewohnte Lebenshaltung» sicherstellen (Art. 113 BV). Falls ein Abbau beim Umwandlungssatz aus finanztechnischen Gründen unausweichlich wäre – was im vorliegenden Fall alles andere als klar ist – müssten gleichzeitig Massnahmen zur Sicherung des Rentenniveaus ergriffen werden, etwa durch eine Erhöhung der AHV-Rente. Davon sprechen Bundesrat und Parlamentsmehrheit nicht. Eine Rentensenkung via den Umwandlungssatz kommt ohne flankierende Massnahmen aber nicht in Frage!



Louis Schelbert,
Nationalrat Grüne
Luzern

Änderung des BVG-Mindestumwandlungssatzes

Parole: NEIN

Children's Climate Forum 2009

Jugend-Delegierte fordern Mut

Im Vorfeld zur grossen Klimakonferenz in Kopenhagen sind Jugendliche aus der ganzen Welt zu ihrem eigenen Gipfel zusammengekommen. Während einer Woche haben sie eine Resolution erarbeitet. Irina Studhalter aus Malters gehörte zur Schweizer Delegation.

«If you hear me, clap once.» Einmal klatschen. «If you hear me, clap twice.» Zweimal klatschen. «If you hear me, clap three times.» Dreimal klatschen, und endlich ist es still im Rathaus von Kopenhagen. Vom 28. November bis 4. Dezember hat hier das Children's Climate Forum 2009 stattgefunden, vorbereitend auf die Conference of the Parties (COP 15), die Klimakonferenz der «Grossen». 164 Jugendliche aus 44 Ländern, von allen Kontinenten und aus den unterschiedlichsten Kulturen reisten in die dänische Hauptstadt, um eine Resolution auszuarbeiten. Ich war eine der vier Delegierten, die ausgewählt wurden, um die Schweiz in Kopenhagen zu vertreten.

Die Unicef und die Stadt Kopenhagen organisierten diesen Anlass, um den Kindern und Jugendlichen bei der grossen und wichtigen Klimakonferenz auch eine Stimme zu geben. Wir arbeiteten eine Woche lang an den verschiedensten Themen, von Risiko-Reduktion über erneuerbare Energien bis hin zu Strategien, um ein Desaster zu vermeiden. Aus all unseren Ergebnissen erarbeiteten wir schliesslich eine Resolution an alle Politikerinnen und Politiker, die nach uns an einem Klimaabkommen mitwirken sollten. Während einer offiziellen Zeremonie übergaben wir diese Resolution Connie Hedegaard, der Präsidentin von COP 15 und Umweltministerin von Dänemark.

Wir arbeiteten auf drei verschiedene Arten: Erstens gab es Diskussionen im Plenum, zweitens haben wir uns in spezifische Workshops eingetragen, in welchen wir ein ganz bestimmtes Thema genau angeschaut haben, und drittens gab es die Interessengruppen, wo wir uns mindestens einmal am Tag trafen. Eine dieser Interessengruppen war die COP-Message-Group, welche die ganze Resolution schrieb. Dazu kamen diverse Gastschulen aus Kopenhagen, mit denen wir drei Halbtage verbrachten. Einmal gingen wir, die Schweizer und drei andere Delegationen mit den Schulkindern in einen sogenannten Ecobase, eine Art Naturlehrgarten. Dort absolvierten wir einen Postenlauf, bei dem wir die pure Natur mit Meer und Wald bestaunen konnten.

Die Delegierten wurden nicht überall nach dem gleichen Verfahren ausgewählt. In der Schweiz wurden wir nach einer Bewerbung mit einem Text über uns selbst und unser Engagement ausgewählt. Insgesamt wurden 16 Bewerbungen eingeschickt, leider keine aus der Romandie, aber dafür wohnt eine Delegierte in Lugano. In Indien hingegen mussten die Jugendlichen einen Test zum Thema Klimaveränderung schreiben, und in Kanada wurden Kurzfilme gedreht.



*Irina Studhalter
Malters*



(Foto: © Daniela Merki)

Ethik-Forum 26. Februar 2010

Global verträglich statt Gier

Ethik-Forum besinnt sich auf ethische Grundwerte. Der Förderverein Ethik Forum Luzern hat seinen Sitz, sowie die Geschäftsstelle in Emmen. Er wagt sich erstmals an ein grosses Thema. Unter dem Titel «Masslosigkeit oder hin zu einem global verträglichen Lebensstil?» veranstaltet er das erste Ethik-Forum in Luzern, welches am 26. Februar 2010 im Verkehrshaus der Schweiz stattfinden wird. Das Forum will Tabu-Themen sowie ethische Grundwerte diskutieren und hat dazu hochrangige Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Kirche als Referenten eingeladen. Zur Frage «Was für Bedürfnisse verträgt ein global verträglicher Lebensstil?» soll ein Manifest verabschiedet werden.

Überrissene Managerlöhne, die aktuelle Wirtschaftskrise, aber auch die Sorge um die Zukunft des Planeten Erde und um jene der Kinder hat den Förderverein Ethik-Forum Luzern bewegt, die Frage nach der Bedeutung eines global verträglichen Lebensstils in einer breiten Öffentlichkeit diskutieren zu lassen. Namhafte Referenten werden an dieser Diskussion teilnehmen.

Eigentliches Produkt des ersten Ethik-Forums Luzern ist ein Manifest. Eine Gruppe von Professoren der Universität Luzern erarbeitet im Vorfeld des Forums ein Thesenpapier zur Fragestellung «Was für Bedürfnisse verträgt ein global verträglicher Lebensstil?». Das Papier wird mit Vertretern der Politik, Bildung, Wirtschaft, Kirchen, Kultur und Jugend diskutiert und gemeinsam als Manifest verabschiedet. Es soll eine Richtschnur sein für Wirtschaft und Gesellschaft.



Förderverein
Ethik-Forum Luzern



1. ETHIK-FORUM LUZERN

Masslosigkeit oder hin zu einem global verträglichen Lebensstil

26. Feb. 2010, 09.15 bis 16.30 Uhr
Verkehrshaus Luzern

Infos und Anmeldung unter:
www.ethik-forum-luzern.ch

Warum häufen sich die Krisen auf unserem Planeten immer mehr?

Kann die Wirtschaftsordnung Freie Marktwirtschaft diese Krisen auf die Dauer noch lösen?

Brauchen wir allenfalls sogar ein revolutionäres Umdenken in Sachen Ökologie?

Immer mehr Menschen spüren, dass etwas nicht mehr stimmt.

„Rücken wir die Ethik endlich in den Werktag!“

Es ist Zeit Tabu-Themen anzugehen.



Unsere Referenten: Daniel Goeudevert, Dr. oec. Ulrich Thielemann, Prof. Dr. Thomas Stocker, Prof. Elmar Altvater, Prof. Dr. Ibrahim Muhammad, Thomas Minder, Prof. M. Benedetta Selene Zorzi

Abstimmung zur Übertragung der Spitalbauten Mitsprache abschaffen?

Paradox: Am 7. März entscheidet die Stimmbbevölkerung, ob sie zum letzten Mal etwas zu den Luzerner Spitalern sagen will. Wird dem Verkauf der Spitalbauten zugestimmt, so werden Volk und Parlament kaum noch etwas zur Luzerner Spitalplanung sagen können. Das wollen die Grünen verhindern.

Vor drei Jahren wurden die Luzerner Spitäler verselbständigt. Die Mitsprache des Parlaments ist seither klein und in vielen Bereichen entscheidet der Spitalrat, manchmal noch zusammen mit dem Regierungsrat. Eine Ausnahme bilden die Spitalgebäude, die immer noch im Besitz des Kantons sind. Das Parlament und auch die Stimmbbevölkerung können so mitentscheiden, welche Angebote in welchem Spital platziert sein sollen. Bei der letzten Diskussion über die Spitalplanung hat sich gezeigt, dass der Spitalrat und das Parlament durchaus nicht immer die gleichen Schwerpunkte setzen; ersterer will einen möglichst wirtschaftlich effizienten Betrieb und sich für die Zeit rüsten, da mit der freien Spitalwahl die Konkurrenz wächst. Das Parlament dagegen denkt eher regionalpolitisch und aus der Sicht der Bevölkerung. Zankapfel ist dabei klar das Spital Wolhusen, dessen Schliessung bereits einmal zur Diskussion stand.

An sich hätte der Kantonsrat ohne Möglichkeit eines Referendums über diese Übertragung der Spitalbauten entscheiden können, da sie als Kann-Formulierung bereits im Spitalgesetz vorgesehen ist. Hinter den Kulissen muss der Widerstand aber gross gewesen sein, denn der Regierungsrat hat erst im Verlaufe der Diskussionen eine Volksabstimmung vorgeschlagen. Dies und ein paar ziemlich bis ganz unverbindliche Vorschläge für eine verbesserte Mitsprache des Parlaments haben dann dazu geführt, dass das Gros der Bürgerlichen die Vorlage durchwinkte.

Grundversorgung, keine Ware im freien Wettbewerb

Die Grünen sind klar gegen diese Übertragung oder weniger prosaisch gesagt: gegen diesen Verkauf der Spitalbauten an die ausgelagerte Spitalorganisation. Die Spitäler und das Gesundheitswesen sind keine Ware und kein Unternehmen, das in einem freien Wettbewerb bestehen soll. Die Spitäler gehören zur medizinischen Grundversorgung, die jederzeit sichergestellt sein muss. Freier Wettbewerb würde auch bedeuten, dass im worst case ein Spital geschlossen werden muss. Zu dieser Variante respektive zur Frage, wer in einem solchen Fall finanziell einspringen müsste, schweigt die Luzerner Politik seit der Verselbständigung der Spitäler. Die Bevölkerung soll aber aus Sicht der Grünen weiterhin über grosse Bauvorhaben mitbestimmen können und das Parlament soll ebenfalls keine weiteren Kompetenzen abgeben. Die geplante Genehmigung des Geschäftsberichts oder eine «Kenntnisnahme» der Investitionsplanung ersetzen nicht die Mitsprache.

Auch nicht wirklich vertrauensbildend war das bisherige Auftreten des Spitalrates. Dieses Gremium, das mit dem Verkauf der Spitäler noch mehr Macht erhält, ist in der Vergangenheit auch schon mal mit markigen Auftritten aufgefallen. So im letzten Sommer, als dessen Präsident eine Fusion aller Akutspitäler der Zentralschweiz forderte.



Michael Töngi
Kantonsrat Grüne
Kriens

Referendum über den Beschluss
über die Übertragung der Spitalbauten

Parole: NEIN



BE | NETZ

Bau und Energie

Photovoltaik
Thermische Solaranlagen
Pelletsheizungen
Haustechnik

BE Netz AG
Bernstr. 57a
CH-6003 Luzern
www.benetz.ch
info@benetz.ch
Tel 041 410 40 70

Abstimmung Tiefbahnhof Luzern

Richtige Weichenstellung

Luzern braucht den Ausbau des Bahnnetzes. Die Initiative schafft die Voraussetzung für eine Mitfinanzierung durch die Stadt Luzern. Der Gegenvorschlag ist abzulehnen, weil er die Gelder nicht für den Schienenausbau reservieren will.

Die Grünen und Jungen Grünen haben die Initiative «Zur Finanzierung des Tiefbahnhofs» lanciert und mit 986 gültigen Unterschriften eingereicht.



Ja zur Initiative – Nein zum Gegenvorschlag

■ Der dringend notwendige Ausbau des Bahnnetzes in und um Luzern hat nur eine Chance auf Realisierung, wenn auch die Stadt Luzern einen wesentlichen Beitrag zu leisten bereit ist. Die Initiative schafft die Voraussetzung dafür, indem jährlich 7 Millionen Franken für den Schienenausbau zur Seite gelegt werden.

■ Der Gegenvorschlag ist eine Mogelpackung: Anders als bei der Initiative sollen nur 5 Millionen pro Jahr für den Schienenausbau bestimmt sein, diese sind aber nicht zweckgebunden sondern, sollen allgemein für «Schlüsselprojekte im Verkehrsbereich» bestimmt sein. Damit besteht die Möglichkeit, auch Strassen aus diesem Topf zu finanzieren, was dem Sinn der Initiative zuwiderläuft.

JA zur Initiative

■ Das Schienennetz in Luzern ist mehrheitlich über 100 Jahre alt, die Zufahrt zum Bahnhof nur über zwei völlig ausgelastete Geleise möglich. Um die Verkehrsprobleme lösen zu können, ist der Tiefbahnhof die richtige Lösung.

■ Mit der Initiative signalisiert die Stadt Luzern Entschlossenheit, das Bahnnetz auszubauen. Damit geht sie mit gutem Beispiel voran und erhöht die Chance auf eine rasche Realisierung.

■ Jährlich 7 Millionen Franken entsprechen 1 Prozent vom Jahresbudget der Stadt. Damit setzt Luzern ein starkes Signal für den Tiefbahnhof.

■ Der Tiefbahnhof kann nur gebaut werden, wenn Luzern einen wesentlichen Beitrag dazu leistet. Mit der Annahme der Initiative beweist die Stadt diese Bereitschaft und setzt ein klares Zeichen für den Ausbau des Bahnnetzes, für eine starke Stadtregion Luzern.

NEIN zum Gegenvorschlag

■ Der Gegenvorschlag ist eine Mogelpackung, weil der vorgeschlagene Fonds nicht für die Schieneninfrastruktur reserviert ist. Dies war jedoch genau der Anlass zur Initiative.

■ Das Geld aus dem Fonds für «Schlüsselprojekte im Verkehrsbereich» könnte auch für Strassen missbraucht werden. Dies gefährdet die dringend notwendige Erweiterung des Schienennetzes.

■ Die auf 12 Jahre begrenzte Laufzeit des Gegenvorschlags reicht nicht aus, um genügend Geld für den städtischen Beitrag zusammenzubringen. Und schon gar nicht für den angestrebten Durchgangsbahnhof!

■ Die Stadt Luzern wird immer weitläufiger und dichter bewohnt. Längerfristig muss darum das Bahnnetz weiter ausgebaut werden. Die begrenzte Laufzeit auf 12 Jahren verhindert aber, dass Folgeprojekte wie die Feinerschliessung mit der S-Bahn realisiert – vor allem aber finanziert – werden können.



Marco Müller
AG Tiefbahnhof
Luzern

Tiefbahnhof Luzern

**Parolen:
Initiative**

JA

Gegenvorschlag

NEIN

Stichfrage

INITIATIVE

für sie «gut zum druck»

g e g e n d r u c k _ G m b H

_offsetdruckerei _t 041 360 82 70

Kulturpolitik geht zwingend einher mit Raum- und Stadtentwicklungspolitik

Kulturpolitische Gedanken

In Luzern ist eine Kulturdebatte im Gange. Ausgelöst wurde sie nicht etwa durch Kulturschaffende, sondern durch anonyme Spender, welche 100 Millionen für eine «Salle modulable» zur Verfügung stellen. Und damit, so macht es den Anschein, eine ganze Stadt durcheinander bringen können.

Seit Monaten warten alle auf Aufklärungen. In Form von unbestätigten Enthüllungen und Mitteilungen mit kurzen Halbwertszeiten tauchen Informationen auf, die nichts zur Klärung beitragen. Im Herbst 2009 legte der Stadtrat einen Bericht vor, der pointiert Stellung für ein auf Musiktheater fokussiertes Haus nahm und damit eine Entrüstung und einen Aufschrei auslöste. Die freie Theaterszene, die alternative Kulturszene, Vertreter des Luzerner Theaters und die Parteien äusserten sich umgehend dazu und stellten Forderungen und noch mehr Fragen. Das Erfreuliche: Über Kulturpolitik wird endlich wieder debattiert. Das Unerfreuliche: Niemand weiss, ob die Schlussfolgerungen der Debatte mehr mit Wertschöpfung oder mehr mit Kultur zu tun haben werden.

Denn seit der Ankündigung des Geschenks ist offenbar nichts mehr unmöglich: Aus Betriebskostengründen werden Sparten gegeneinander ausgespielt. Für die richtige Standortwahl wird der ansonsten sensible Umgang mit dem Seeufer aus-

gehebelt. Die Interessen der kulturinteressierten Stadtbevölkerung werden vom Fokus auf internationale Ausstrahlung verdrängt. Und die wegweisende Raum- und Zonenplanung steht höchstens noch im Wege, anstatt die Leitlinie für solche Vorhaben zu bilden.

Für die Kulturpolitik der Grünen sind Standort und Betrieb eines neuen Theaterhauses nur ein Mosaikstein. Das kulturelle Leben einer Stadt hängt von vielen weiteren Entwicklungen ab. Durch den immer grösseren Druck im Stadtzentrum werden die letzten weniger intensiv genutzten Flächen im Rahmen von steuerertragsorientierten Entwicklungsschwerpunkten bebaut (Tribschenschstadt II, Industriestrasse) – bevorzugt als reine Wohngebiete für das Segment DINK (Double Income, No Kids). Räume für Ateliers, für kreative Kulturveranstaltungen, für Kunst und Kleingewerbe werden immer knapper.

Darum haben die Grünen zuletzt im Stadtparlament beispielsweise gefordert, im leer stehenden Restaurant Geissmättli Ateliers einzurichten. Wir Grüne verlangen, dass ungenutzte Liegenschaften oder Abbruchobjekte für kulturelle Veranstaltungen und Bewegungen zwischengenutzt werden können, solange die neue Nutzung nicht ansteht. Dadurch muss eine friedliche Kulturveranstaltung der Aktion Freiraum in Emmenbrücke nicht als illegal verschrien werden. Experimentelle, nicht kommerzielle Kultur ist zentral für eine lebendige Stadt, welche mit den Hochschulen über ein grosses Potential an kreativen Leuten verfügt. Dazu braucht es aber Freiräume, bezahlbare Ateliers, günstige Proberäume, lebendige Stadtteile. Deshalb geht Kulturpolitik zwingend einher mit Raum- und Stadtentwicklungspolitik. Für den einschneidenden Entscheid für oder gegen eine «Salle modulable» mit allen Folgeerscheinungen dürfen wir uns gerade deshalb entsprechend Zeit nehmen.



*Christian Hochstrasser
Präsident Städtischer Vorstand
Luzern*

Bio-Erzeugnisse vom Ueli-Hof: Von Natur aus besser.



Verkauf ab Hof: Freitag 14-19 h und Samstag 8-13 h.

Ueli & Hof

Horw/St. Niklausen · Bio-Hof Mättwil · 041 342 05 45 · www.uelihof.ch

Personenschiff Sempachersee

Never ending story

Unter der Federführung der Wirtschaftsförderung Luzerner Mittelland begannen im Jahr 2002 die ersten Arbeiten für das Projekt eines Personenschiffs auf dem Sempachersee. In der Bevölkerung regte sich bereits damals für ein geplantes Schiff mit 60 bis 80 Plätze grosser Widerstand.

Die Vereinigung Pro Sempachersee sammelte innert kürzester Zeit gegen 5000 Unterschriften gegen eine Schifffahrt und reichte die Petition beim Regierungs- und Grossrat ein. Leider bewirkte diese Eingabe wenig. Die Binnenschifffahrtsverordnung des Kantons Luzern wurde für eine Personenschifffahrt um einen Ausnahmeparagraphen erweitert, der die bis anhin zulässige Höchstschiffslänge von 5.5 Meter ausser Kraft setzte. Diese Änderung der Verordnung war nötig, um überhaupt die gesetzliche Grundlage für ein Personenschiff zu schaffen.

Im Jahr 2005 wurde die Schifffahrt Sempachersee AG (SSAG) gegründet, welche die Projektträgerschaft übernahm. 2007 wurde beim Kanton Luzern ein erstes Konzessionsgesuch für ein Schiff mit 150 Plätzen eingereicht. Für den kleinen Sempachersee ein Schiff mit gigantischen Ausmassen (100 Tonnen schwer, 37 Meter lang und 7 Meter breit). Zudem sah dieses Gesuch auch fünf Landungsstege in Nottwil (2) Sursee, Schenkon, und Eich vor. In Schenkon war auch die Auswasserungsstelle vorgesehen, wo das Schiff alle vier bis sechs Jahre revidiert hätte werden sollen. Gegen dieses Konzessionsgesuch gingen beim Kanton 280 Einsprachen ein. Noch bevor diese Einsprachen behandelt werden konnten, stellte sich heraus, dass nicht der Kanton, sondern der Bund für alle Bewilligungsverfahren zuständig ist.

Im Herbst 2009 wurde von der SSAG ein überarbeitetes Gesuch beim Bund eingereicht. Gegen dieses

Plangenehmigungsverfahren wurden erneut mehrere hundert Einsprachen beim Bundesamt für Verkehr eingereicht. Darunter auch eine fundierte Einsprache von Verbänden u.a. Pro Sempachersee, WWF, Pro Natura, Aqua viva, Bird Life, etc. und den Seeanstössergemeinden.

Gründe für eine Einsprache liefert das eingereichte Gesuch zu Hauff, lässt es doch viele Fragen unbeantwortet. So sucht man beispielsweise vergebens nach klaren Aussagen, wo das Schiff erstmalig eingewassert werden soll, wo die erwarteten Passagiere ihre Autos parkieren oder auch Äusserungen zu einer Störfallvorsorge.

Der Verein Pro Sempachersee hat den Beweis erbracht, dass eine Personenschifffahrt auf dem Sempachersee keinem Bedürfnis der Bevölkerung entspricht. Geht es bei diesem Projekt nur darum Bubenräume der Verwaltungsräte der SSAG zu befriedigen und dies auf Kosten der Natur und der Bevölkerung?

Nach über zwei Jahrzehnten seeinternen und externen Massnahmen und millionenschweren Investitionen ist es gelungen, die Wasserqualität des Sempachersees stark zu verbessern. Zu dem wurden Ruhezone für Wasservögel ausgeschieden. Soll dies alles für ein Partyboot aufs Spiel gesetzt werden? Es ist zu hoffen, dass das Bundesamt für Verkehr der SSAG keine Konzession erteilt und dass das «Rambazamba-Schiff» für alle Zeit in den Schubladen der Hobbykapitäne versinken möge.



Andreas Hofer
Grüne Sursee
Sursee



Oeko-Hotel Gruebisbalm/Rigi

Autofrei, kinder- und familien-
freundlich, für Ferien, Feste
und Klein-Seminare.

Familie Schaub, 6354 Vitznau
Telefon: 041 397 16 81, www.gruebisbalm.ch
E-Mail: oeko-hotel-gruebisbalm-rigi@bluewin.ch



Bioprodukte vom Hof und aus der Region

EMMER BIOHOF

Hofladen offen
jeden Freitag 13.30 - 18.30
oder nach telefonischer Vereinbarung
Telefon 041 260 21 71

Franz und Maya
Helfenstein Probst
Oberhasli, 6032 Emmen
helfensteinbio@bluewin.ch
www.emmer-biohof.ch

Vorzeigemodell der Kinderbetreuung in Horw

Horw: Eine gute Adresse für Paare mit Kindern!

Die Gemeinde Horw gehört definitiv zu den ersten Adressen für junge Eltern und Paare, die sich Kinder wünschen aber auch berufstätig sein oder wieder werden wollen.

Die Wahrscheinlichkeit, dass berufstätige Paare ein passendes und bezahlbares Betreuungsangebot für ihre Kinder finden, egal wie alt diese sind, ist in Horw erfreulich gross. Die Gemeinde hat rechtzeitig ein sinnvolles Projekt gestartet und es stufenweise, aber auch bedarfsorientiert, weiterentwickelt. Mit den Angeboten der Tagesbetreuung für Kinder bietet Horw die Voraussetzungen dafür, dass die Eltern grundsätzlich selber für das Wohl ihrer Kinder verantwortlich bleiben und sich die Familien ihrer Lebenssituation entsprechend organisieren können.

An seiner Oktober-Sitzung hat der Einwohnerrat den detaillierten Auswertungsbericht zur Kindertagesbetreuung einstimmig genehmigt und diese somit definitiv eingeführt. Den mehrjährigen Prozess hat die L20 mitgetragen und mit diversen Vorstössen mitgeprägt. Das Modell befand sich seit 2002 in einer Pilotphase.

Vom Kanton belohnt

Das Horwer Modell bietet einerseits Betreuung für Kinder im Vorschulalter, vorab durch Tageseltern und in Kindertagesstätten. Die Aufgaben des Vereins Kinderbetreuung, der bisher die Tageseltern vermittelte, werden neu von der Gemeinde übernommen. Zudem hat Horw auf Anregung der L20 das Pilotprojekt Betreuungsgutscheine eingeführt:

Berechtigte Eltern können bei der Gemeinde Betreuungsgutscheine beziehen und ihre Kinder bei einer Tagesfamilie oder in einer Tagesstätte nach ihrer Wahl in der Agglomeration Luzern betreuen lassen. Hinzu kommen die Spielgruppen. Sie ermöglichen es den Eltern zwar nicht, berufstätig zu sein, doch bieten sie eine optimale Vorbereitung für den Kindergarten- und Schuleintritt, gerade auch für Kinder mit Migrationshintergrund.

Für berufstätige Eltern von schulpflichtigen Kindern brachten schon die Blockzeiten an der Schule eine Erleichterung. Ergänzt durch das Angebot der Tageseltern, des Hortes und der dezentralen Mittagstische konnte Horw bereits eine bedarfsorientierte Kinderbetreuung anbieten, bevor diese durch das kantonale Volksschulbildungsgesetz vorgeschrieben wurde. Dies wurde vom Kanton Luzern mit einem Förderbeitrag von 80000 Franken belohnt. Als Bezugspunkt für alle Fragen der familienergänzenden Kinderbetreuung in der Gemeinde hat sich die Fachstelle Familie plus bestens positioniert.

Mit Innovation und Qualitätsstreben können sogar die düsteren Finanzaussichten verbessert werden, denn die Angebote der Kinderbetreuung lohnen sich auch finanziell. Laut einer Studie der Hochschule für Wirtschaft übersteigt der Nutzen die Kosten deutlich: Der Kosten-Nutzen-Faktor zu Gunsten der Gemeinde beträgt 1,8.



Beatrice Heeb-Wagner
Einwohnerrätin L20
Horw

MV

Mieterinnen- und Mieterverband Luzern

**Elektromogmessung | Schlafplatzuntersuchung
Feuchtigkeits- und Schimmelprobleme
Mängel in der Wohnung**

Werden Sie Mitglied!

Wir unterstützen und beraten Sie zuhause - schnell und professionell!

Telefon 041 220 10 22 | mvl@bluewin.ch | www.mieterverband.ch/luzern

M i e t e r s c h u t z i s t n ö t i g

Zum Abschied von Christa Stocker Odermatt

Rücktritt einer ausserordentlichen Politikerin

Ein lange andauernder Applaus im Saal des Grossstadtrats beendete (vorläufig?) das 13-jährige politische Engagement von Christa Stocker.



Der Applaus machte deutlich, dass Christa weit über die Fraktionsgrenzen hinaus eine beliebte und anerkannte Politikerin war. Ihre kompetente und faire Art zu politisieren, aber auch ihr offenes Ohr für die Anliegen Anderer und ihr Charme wurden rundherum geschätzt. Selbst hartgesottene SVP-Hardliner wurden in den Entgegnungen auf ihre Voten fast sanft, wenn sie etwa meinten: «... ich muss aber schon sagen, liebe Christa, das mit den Velowegen ist zwar sicher gut gemeint, aber einfach nicht machbar ...!»

Christa wurde 1997 in den damaligen Grossrat gewählt, dem sie bis 1999 angehörte. Anschliessend war sie Mitglied der Schulpflege bis zu deren Auflösung 2001. Seit 2000 gehörte sie dem Grossstadtrat an, sechs Jahre davon als Mitglied in der Geschäftsprüfungskommission. Mitte 2006 übernahm sie von Cony Grünenfelder das Amt der Fraktionschefin.

Die Förderung des Velo- und Langsamverkehrs war eines ihrer Hauptthemen, für das sie sich mit unzähligen Vorstössen, Voten, Lobbyinggesprächen und Teilnahmen an Veranstaltungen einsetzte. Ebenso sehr am Herzen lagen ihr aber Bildungs- und Kulturthemen. So war sie massgebend an der

Einführung des zweijährigen Kindergartens in der Stadt beteiligt. «Luzern zum Leben gern» war für sie kein Slogan, sondern etwas, für das sie sich tagtäglich einsetzte, in Gesprächen mit Nachbarinnen, Arbeitskollegen oder eben im Ratssaal. Dass sie dies bestimmt auch ohne politisches Mandat weiterhin tun wird, ist uns, die wir sie als Fraktionskollegin sehr vermissen werden, ein Trost.

Christa hat sich für die Wahlen 2009 nochmals erfolgreich engagiert, hatte sich aber entschlossen, selber nicht mehr anzutreten, um einerseits ihre beruflichen Möglichkeiten besser ausschöpfen zu können, vor allem aber auch um mehr Zeit für ihre beiden Kinder Laurin (5) und Nina (4) zu haben. Und bestimmt freut sich auch ihr Partner Othmar Odermatt, wenn Christa wieder öfter zu Hause ist.

Wir wünschen dir, liebe Christa, von Herzen alles Gute für deine berufliche und private Zukunft und sind überzeugt, dass du mit deiner umsichtigen und klaren Art auch weiterhin viel Gutes anpacken und positiv verändern wirst. Und wer weiss, vielleicht

treffen wir dich irgendwann im politischen Umfeld wieder!

Deine Fraktionsgspändli verabschieden sich von dir mit je einem persönlichen Statement:

«Dein Einsatz als Fraktionschefin war immer umsichtig und gewissenhaft in der Führung aller Geschäfte, pointiert in den Sachfragen und gleichzeitig warst Du schnell wie ein Wiesel. Deine Stärke ist es zu verbinden und zu vernetzen. Davon haben wir alle profitiert. Du hast unser realpolitisches Wirken mit dem Stadtrat, den anderen Fraktionen, in den Vorständen und an der Basis verbunden. Unter Deiner Leitung mitzuarbeiten war wunderbar. Nimm ein ganz herzliches Dankeschön!»

Agatha Fausch

«Ein Blick von dir Christa und ich weiss woran ich bin. Liegt darin das Geheimnis deiner Vernetzungskünste? Ich bin beeindruckt, wie du mit deiner Offenheit und Ehrlichkeit Menschen miteinander in Kontakt bringst und für eine Zusammenarbeit gewinnst.»

Monika Senn

«Dein unermüdliches Engagement und dein politischer Stil haben mir imponiert und mich nicht

zuletzt immer wieder motiviert, mich für unsere Anliegen einzusetzen.

Korintha Bärtsch

«Christa, du warst für mich ein sicherer Wert in unserer Fraktion. Deine Strategien beruhten auf deinen langjährigen Erfahrungen. Deine Gelassenheit war mir immer ein Vorbild. Während meine Emotionen hochgingen, konntest du beruhigen und konstruktive Wege aufzeigen. Deine Vernetzung, deine vielfältigen Infoquellen, die haben mich immer wieder beeindruckt.»

Katharina Hubacher

«Du warst für mich Banknachbarin, kontaktfreudig zu allen, bei langweiligen Reden anderer eine ruhige Zeichnerin, eine Rednerin, auf die man/frau hörte. Deine Voten waren immer mit konkreten Erfahrungen verknüpft, mit Leuten, oft mit behinderten Menschen, mit Velofahrenden oder Kindern. So konntest du geschickt deine/unsere Kernanliegen vermitteln.»

Philipp Federer



*Edith Lanfranconi
Fraktionschefin Grüne Grosstadtrat
Luzern*

Zum Abschied von Claudia Schnieper

Eine stille Schafferin verabschiedet sich

Sechzehn Jahre führte Claudia Schnieper die Buchhaltung der Grünen Luzern. Per Ende Jahr hat sie das Amt abgegeben – leider. Liebe Claudia: Herzlichen Dank für Deine wertvolle Bütz im Hintergrund!



Wir erinnern uns: Nach der Öffnung der POCH und anderen Gruppierungen zum Grünen Bündnis wollte die junge Partei die Gunst der Stunde nutzen, es wurde zu jeder Abstimmung eine kantonale Zeitung organisiert, man wollte sich Gehör

verschaffen, die Basis massiv verbreitern. Damit wurden zahlreiche Neumitglieder gewonnen, das Grüne Bündnis konnte sich schnell als viertgrösste Partei im Kanton etablieren und hielt zweifellos bei wichtigen Themen die Meinungsführerschaft.

Allerdings liefen dabei die Finanzen aus dem Ruder. Nach 1994 musste die expansive Kommunikationsstrategie angepasst werden. Unter der Federführung von Kuno Kälin und Adrian Schmid wurde ein Sanierungsplan mit einer restriktiven Vierjahres-Finanzplanung eingeführt, mit dem Ziel, geäuftete Schulden abzubauen und eine gesunde Finanzstruktur aufzubauen.

Claudia Schnieper stieg zu diesem Zeitpunkt mit ein. Sie sah ihren Beitrag eher im Hintergrund denn in einem Parlament. Volle sechzehn Jahre hat sie diese wichtige Arbeit gewissenhaft geleistet und die nicht immer einfache Ausgabepolitik und die manchmal unerfindlichen Entscheidungswege der Parteigremien nervenstark mitgetragen. Eigentlich alles gute Gründe, Claudia nicht einfach so ziehen zu lassen ... So oder so: Herzlichsten Dank für alles!



*Christoph Meyer
Mitglied Grüne Kanton Luzern
Horw*

Bericht zum 1. Palaverabend 9. November 2009

Umgang mit Gesundheitsinformationen

Gesundheit/Krankheit – Was können wir dafür oder dagegen? Zu diesem Thema gab die Homöopathin Monique Altenbach im Rahmen des Herbstpalavers Inputs, die angeregte Diskussionen auslösten.

Knapp 20 Personen trafen sich am 9. November im Raum der Info-Selbsthilfegruppen an der Winkelriedstrasse. Wie immer bei den Palaverabenden war der Raum bewusst gewählt. Den Zusammenhang erläuterte Agatha Fausch in ihrer Begrüssung: Selbsthilfegruppen als eine mögliche Antwort auf den Umgang mit schwierigen Situationen.

Eigenaktivität ist das, was die praktische Ärztin Monique Altenbach in ihrem Input-Referat betont. Es wird immer schwieriger, sich in der Fülle von

Informationen Gesundheitskompetenz anzueignen, zumal Wissen aus wirtschaftlichen Gründen teilweise unterschlagen wird oder Hypothesen mit riesigem Marketing Aufwand als Wissen verkauft werden, um Interessen der Pharmaindustrie zu stützen. Umso wichtiger ist es, Informationen kritisch zu hinterfragen, sich selber zu spüren, sich Zeit und Ruhe zu nehmen und sich von Google Infos nicht in Panik versetzen zu lassen, diese aber sehr wohl eigenverantwortlich zu nutzen.

Die anschliessenden Diskussionen kreisten um die Themen Ernährung, Bewegung, Stress und Regeneration, die Schweinegrippe und staatlich verordnete Gesundheitsförderung.

An Palaverabenden werden zwar keine politischen Entscheide getroffen, aber es wurde einmal mehr klar, dass es, um eine gesündere Bevölkerung zu erreichen, nicht nur Information braucht, sondern auch Entlastungen von hohen Versicherungsausgaben, um auch sozial schwächer Gestellten zu ermöglichen, sich gesund und selbstsorgend zu verhalten.



*Edith Lanfranconi
Arbeitsgruppe Palaver
Luzern*

Buchempfehlung



Hans Kissling, Reichtum ohne Leistung, Die Feudalisierung der Schweiz, Rüegger Verlag, 120 Seiten.

Eine krasse Umverteilung nach oben – wie im Mittelalter. Die Reichen werden reicher, und die Armen werden ... zahlreicher! Während erfolglose CEOs mit den Millionen ihrer goldenen Fallschirme in Pension gehen, wächst die Zahl der Habenichtse, und der Riss durch die Gesellschaft öffnet einen Graben, der die Mittelklasse zu verschlucken droht. Dabei ist nicht von unterentwickelten Ländern die Rede, sondern von der Schweiz! Hier besitzen 10 % der Bevölkerung bereits 71 % der Reichtümer, und der grösste Teil verfügt über ein geringeres Einkommen als zu Beginn der 90er Jahre. Eine Situation, die sich ohne Gegenmassnahmen verschlimmern wird und eine Gefahr für Demokratie und Wirtschaft bildet. Dies zeigt der ehemalige Leiter des Statistischen Amtes

des Kantons Zürich in seinem provokant betitelten Buch auf. Kissling zeigt somit die Folgen der herrschenden Politik. Die Abschaffung der Erbschaftssteuer verschärft in vielen Kantonen nebst generellen Steuersenkungen die generelle Finanzsituation. Zusätzlich ist der Mittelstand mit der Pflegekostenfinanzierung der Eltern massiv unter Druck, weil sie die Langzeitpflege mitfinanzieren müssen. Sie wirkt wie eine Erbschaftssteuer beim Mittelstand und schröpft ihn übermässig. Kissling fordert eine starke Erbschaftssteuer mit dem Augenmerk auf die Reichen. Der Autor untermauert seine Argumente mit Zahlen und Grafiken. Gekonnt kontert er Scheinargumente der Mehrfachbesteuerung und des Neids. Stattdessen stellt Kissling die Erbschaftssteuer in die sozial-liberale Tradition. Mit den Steuersenkungen und Villenzonen sorgt sich die Politik vor allem um die Reichen. Dies ist im Kanton Luzern auch immer stärker zu spüren – oder etwa nicht?



*Philipp Federer
Grossstadtrat
Luzern*

Ein Erlebnisbericht

Unterschriften sammeln lohnt sich

Warum ich nicht gern Unterschriften sammle – und es trotzdem immer wieder mache

Ich habe mich wieder einmal fürs Unterschriften Sammeln gemeldet. Und natürlich hätte ich, wie so oft, einen guten Grund nicht hinzugehen: Es ist ein schöner Novembersonntag, föhnig und nicht zu kalt; ideal um im Garten die letzten Arbeiten vor dem Winter zu erledigen. Also eigentlich habe ich ja gar keine Zeit. Und überhaupt: Pauschalbesteuerung abschaffen, ist das so wichtig? Und sowieso: Es nützt ja eh nichts! Vielleicht haben sich ja bereits genügend SammlerInnen beim Seki gemeldet? Und will ich mir tatsächlich zumuten, wildfremde Leute auf der Strasse anzuhalten – quasi Unterschriften schnorren?

Entgegen allen guten tausend Gründen stehe ich um 11 Uhr vor dem Luzerner Theater. Drei Grüne sind bereits am Sammeln. Der neue Veloanhänger mit dem grünen Banner macht sich gut. Auf dem Tischchen davor liegen verschiedene Flyer und Unterschriftenbogen, z. T. bereits schön gefüllt. Alles gut vorbereitet; zusammen mit dem Wetter also beste Bedingungen für zwei gute Sammelstunden.

Ich spreche den ersten Passanten an. Er hat ein kurzes «Keine Zeit!» für mich übrig. Zweiter Versuch: Der Angesprochene hat vermutlich noch weniger Zeit, er sagt nämlich überhaupt nichts und schaut stur geradeaus! Beim dritten klappt's: Ein freundlicher junger Mann unterschreibt ohne jede argumentative Nötigung meinerseits.

Nach einer Stunde habe ich 12 Unterschriften gesammelt. Natürlich habe ich in dieser Zeit auch allerlei Gründe gegen die Abschaffung der Pau-

schalbesteuerung gehört: Politik interessiert mich nicht! Es gibt ja sowieso keine Gerechtigkeit! Und im Übrigen machen die ja eh, was sie wollen.

Der beste aber ist ein Herr gesetzteren Alters: «Sie haben den ehemaligen Chef der kantonalen Steuerverwaltung vor sich, und der weiss selber, was er unterschreiben soll.» Natürlich bleibe ich schön freundlich, wünsche ein schönes Wochenende und sage nicht, dass nicht nur Majestäten, sondern auch einfache Tagelöhner wüssten, was sie unterschreiben sollen.

In der zweiten Stunde sammle ich weitere 10 Unterschriften und habe erst noch Zeit für interessante Gespräche, z. B. mit einer Regierungsrätin, die am Samstag ebenfalls arbeitet, oder mit einem Sammelgspändli.

Apropos Sammelgspändli: GSoA-AktivistInnen verteilen Flyer mit Emmentaler-Panzern, Frauen verkaufen Schoggiherzli für die Kinderkrippe Frohheim. Früher sind diese Frauen noch von Haus zu Haus gezogen, und ich habe mich immer darüber gefreut, wenn sie auch bei uns geklingelt haben. Heute sei das schwieriger geworden, erklärt mir eine der Frauen, und so machten sie es eben wie die Grünen und die GSoA: auf die Strasse gehen und zeigen, dass Frau und Mann sich für etwas einsetzen! Ich habe zwei Schoggiherzli gekauft und weiss nun wieder bestens, warum sich Unterschriften sammeln lohnt.



*Hanspeter Hug
Mitglied Grüne Kanton Luzern
Luzern*

Wahlen Luzerner Stadtrat im 2009

Danke für die Unterstützung

Die Jungen Grünen haben sich über die grosszügige finanzielle Unterstützung des Wahlkampfes von Stefanie Wyss für den Luzerner Stadtrat sehr gefreut. Alle Rechnungen konnten so problemlos beglichen werden. Leider war es uns aber nicht möglich, allen SpenderInnen persönlich zu danken. Unglücklicherweise wurden Einzahlungsscheine versendet, die die Einzahlerin oder den Einzahler anonymisierte. So konnten wir die verschiedenen Beiträge nicht mehr den Personen zuordnen.

Darum möchten die Jungen Grünen sich auf diesem Weg entschuldigen für das Versehen und natürlich ganz herzlich für die Unterstützung danken! Wer eine Spendenbestätigung braucht, soll sich bitte beim Kassier Gian Waldvogel (g.waldvogel@gmx.ch) melden.



*Stefanie Wyss
Junge Grüne
Luzern*

Kontaktverzeichnis

Ortsgruppen Grüne Kanton Luzern

Adligenswil

Franziska Hufschmid
 franziska.hufschmid@gruene-luzern.ch

Ebikon

Roni Vonmoos
 roni.vonmoos@gruene-luzern.ch

Emmen

Luzius Hafen
 luzius.hafen@gruene-luzern.ch

Horw

Brigitte Germann-Arnold
 brigitte.germann-arnold@gruene-luzern.ch

Kriens

Patrick Schaller
 patrick.schaller@gruene-luzern.ch

Luzern

Christian Hochstrasser
 christian.hochstrasser@gruene-luzern.ch

Sursee

Andreas Hofer
 andreas.hofer@gruene-luzern.ch

Willisau

Esther Müller
 esther.mueller@gruene-luzern.ch

Valentin Arnold

valentin.arnold@gruene-luzern.ch

Parolen

Eidgenössische Abstimmung

Verfassungsartikel «Forschung am Menschen»
 Initiative für einen Tierschutzanwalt
 Änderung des BVG-Mindestumwandlungssatzes

Stimmfreigabe

JA

NEIN

Kantonale Abstimmung

Referendum über den Beschluss
 über die Übertragung der Spitalbauten

NEIN

Städtische Abstimmung

Tiefbahnhof Luzern
 Initiative
 Gegenvorschlag
Stichfrage

JA

NEIN

INITIATIVE

Impressum

Herausgeber und Insetateverkauf: Grüne Luzern, Neustadtstrasse 34, Postfach 4035, 6000 Luzern 4, PC 60-16103-5, Telefon 041 360 79 66, www.gruene-luzern.ch, E-Mail: lu@gruene.ch; Redaktion: Rahel Estermann, Judith Huber; Korrektorat: Adi Blum; Fotos: Jakob Ineichen, Linus Rieser
 Konzept/Gestaltung: Grafikatelier Thomas Küng, Brünigstrasse 3, 6005 Luzern, Telefon 041 360 28 10, E-Mail: thomas.kueng@rat.ch, www.kuenggrafik.ch; Gestaltung/Druck: Gegendruck GmbH, Neustadtstrasse 26, 6003 Luzern, Telefon 041 360 82 70, Fax 041 362 22 37, E-Mail: gegendruck@rat.ch
 Erscheinung: 5x im Jahr, Auflage 1500 Exemplare; Abonnement: ein Jahr Fr. 30.-, Unterstützungsabo: ein Jahr Fr. 60.-

Agenda

Februar

Mo	1.	19.30	Städtischer Vorstand, Sekretariat Grüne Luzern
Mo	8.	19.30	Kantonaler Vorstand, Sekretariat Grüne Luzern
Mo	22.	19.30	Städtischer Vorstand, Sekretariat Grüne Luzern
Mi	24.		Vorstandssitzung Grüne Kriens
Fr	26.	9.15 – 16.30	EthikForum Luzern, Verkehrshaus Luzern
Sa	27.	9.30	Sammeltag Pauschalbesteuerungsinitiative, Theaterplatz

März

Mo	1.	19.30	Kantonaler Vorstand, Sekretariat Grüne Luzern
Sa	6.	9.30	Sammeltag Pauschalbesteuerungsinitiative, Helvetiaplatz
Sa/So	6./7.		Abstimmungswochenende
Sa	13.		Marche mondiale des femmes, www.marchemondiale.ch
Mo	5.	19.30	Städtischer Vorstand, Sekretariat Grüne Luzern
Mo	22.	19.30	Kantonaler Vorstand, Sekretariat Grüne Luzern
Mi	31.		Vorstandssitzung Grüne Kriens

April

Mo	12.	19.30	Städtischer Vorstand, Sekretariat Grüne Luzern
Mo	19.	9.30	Kantonaler Vorstand, Sekretariat Grüne Luzern

Mai

Mo	3.	18.00	Palaver: Entwicklungszusammenarbeit und Migration – Wie sind sie aufeinander abzustimmen, Mit Markus Brun, Leiter Entwicklungspolitik Fastenopfer, Romerohaus Luzern
Mo	3.	20.00	Städtischer Vorstand, Romerohaus Luzern



Es bröckelt – wir halten dagegen!

Liebe Leserinnen, liebe Leser

Wenn satte 68% der Bevölkerung einer mutmasslich völkerrechtswidrigen Ausschaffungsinitiative der SVP das Wort reden, wenn eine unsägliche Minarettinitiative angenommen wird, können wir Grüne nicht tatenlos zusehen.

Straffällige Ausländer gehören bestraft, keine Frage. Aber das Strafrecht ist keine Frage der Nationalität. Das thematische Trommelfeuer der SVP der vergangenen zwanzig Jahre findet nicht nur im rechten Parteienspektrum Rückhalt. Nach und nach bröckelt die Mitte weg. Mittlerweile geben in Umfragen CVP-Wähler an, dass die „Ausländerthematik“ das wichtigste Traktandum sei und am ehesten von der SVP Lösungsvorschläge kämen. Solche Umfragewerte zeigen, dass weiterhin Wahlerfolge für die SVP wahrscheinlich sind. Ausländerinnen und Ausländer werden je länger je mehr als Problematik und nicht als Bereicherung wahrgenommen.

Integrationsmassnahmen zu erklären ist ungleich schwieriger als auf dem Buckel der Betroffenen billige Polemik zu betreiben. Für eine konstruktive Politik braucht es die linksgrünen Kräfte.

Wir müssen uns etwas einfallen lassen – wir sind gefordert.

Dass wir dazu gute Ideen, gute Leute und gutes Geld brauchen ist allen klar. Wir müssen den Angstmachern das Bild einer offenen, toleranten und lebendigen Schweiz entgegenhalten und dazu brauchen wir weiterhin Deine Unterstützung.

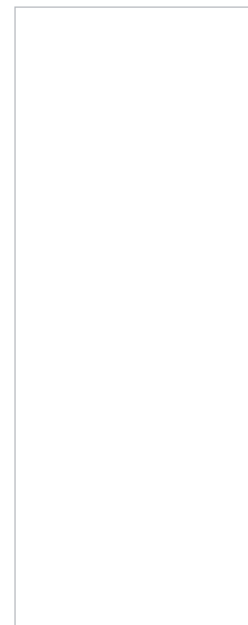
Herzlichen Dank für Deinen finanziellen Zustupf.



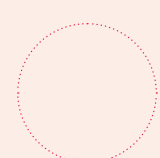
Katharina Hubacher

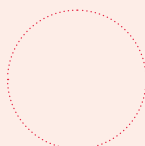


Monique Frey



AZB, PF 4035, Luzern 4

Empfangsschein / Récépissé / Ricevuta	+ Einzahlung Giro +	+ Versement Virement +	+ Versamento Girata +
<p>Einzahlung für / Versement pour / Versamento per</p> <p>Grüne Luzern des Kantons Luzern 6003 Luzern</p> <p>Konto / Compte / Conto 60-16103-5 CHF</p> <p>Einbezahlt von / Versé par / Versato da</p>	<p>Einzahlung für / Versement pour / Versamento per</p> <p>Grüne Luzern des Kantons Luzern 6003 Luzern</p> <p>Konto / Compte / Conto 60-16103-5 CHF</p> <p>Einbezahlt von / Versé par / Versato da</p>	<p>Zahlungszweck / Motif versement / Motivo versamento</p> <p>Ausländerthematik</p> <p>Einbezahlt von / Versé par / Versato da</p>	



Die Annahmestelle
L'office de dépôt
L'ufficio d'accettazione

600161035>

600161035>